

**Freie Hansestadt Bremen  
Ortsamt Horn-Lehe**

**PROTOKOLL**

der öffentlichen Fachausschusssitzung Soziales, Kultur und Sport des Beirates Horn-Lehe

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
7. November 2017	18.30 Uhr	20.50 Uhr	Diele des Orsamtes
<b>TEILNEHMER_INNEN</b>			
<b>ORTSAMT</b>	: OAL Inga Köstner, Vorsitz + Protokoll		
<b>BEIRAT/AUSSCHÜSSE</b>	: Dirk Eichner, Corina Funk, Dieter Mazur, Heike Menz, Dirk Porthun, Manfred Steglich		
<b>GÄSTE</b>	: - Frau Dr. Rose, Frau Vollmer (Soziales) - Herr Schmitt, Herr Dr. Tetens (Diakonische Jugendhilfe Bremen) - Herr Möller (Polizei) - Frau Hanke, Herr Adam, Frau Bäuerlein (Beirat)		
<b>TAGESORDNUNG:</b>			
1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung			
2. Beschluss des Protokolls der nichtöffentlichen Sitzung vom 06.09.2017			
3. Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung			
4. Planung von Modulbauten am Biologischen Garten für Jugendliche mit speziellem Bedarf			
5. Anträge			
▪ CDU – Haus der Familie (Beiratsantrag vom 12.10.2017)			
6. Mitteilungen des Ausschusssprechers			
7. Berichte des Amtes			
8. Verschiedenes			

Die Ausschussmitglieder wurden per E-Mail vom 25.10.2017 zur Sitzung eingeladen.

**Zu TOP 1: Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung**

Die Vorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder sowie den Referenten.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird ohne Änderung/Ergänzung genehmigt. **(einstimmig)**

**Zu TOP 2: Beschluss des Protokolls der Sitzung vom 06.09.2017**

**Beschluss:** Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 06.09.2017 wird ohne Ergänzung/Änderung genehmigt. **(einstimmig)**

**Zu TOP 3: Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung**

Vertreter der „Bürgerinitiative für die Naherholung am Unisee“ äußern sich kritisch zu den im Beirat vorgestellten Plänen einer Wakeboardanlage. Sie fordern die Anwesenden auf, dieses Vorhaben abzulehnen. Die Bürgerinitiative habe sich im Jahr 2005 gegründet als erste Pläne für den Bau einer Wasserskianlage auf dem Unisee vorgestellt wurden und seinerzeit 6.000 Unterschriften gesammelt. In ihr bündelt sich der Protest von Privatpersonen als auch von Vereinen. Beispielhaft werden der Sportfischerverein, die Surfschule, DLRG, die Feuerwehr, der Tauchverband sowie die Schule an der Marcusallee (Optisegler) aufgezählt.

Die Vorsitzende erörtert wie bereits in der Beiratssitzung am 16.11.2017, dass es sich um eine erste Präsentation handelte, mit der die Meinung der Beiratsmitglieder und der Öffentlichkeit in Erfahrung gebracht werden sollte. In einem nächsten Schritt sei eine offizielle Antragstellung erforderlich, damit eine Beteiligung von Trägern öffentlicher Belange organisiert werden könne. In diesem Zusammenhang würden sicherlich auch die aufgelisteten Vereine eingebunden. Insofern sei das weitere Verfahren abzuwarten.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **Zu TOP 4: Planung von Modulbauten am Biologischen Garten für Jugendliche mit speziellem Bedarf**

Die Vorsitzende teilt mit, dass ein Gespräch zwischen dem Sozialressort, Ortsamt, Beiratssprecherin und Stellvertretung mit dem Träger am 13.09.2017 stattgefunden habe, in dem es um Überlegungen zur Unterbringung von Jugendlichen mit speziellen Bedarf im Stadtteil ging. Hierbei handele es sich um eine gesetzliche und gesellschaftliche Aufgabe nach dem Sozialgesetzbuch VIII, deren Einzelheiten dem Ausschuss vorzustellen seien.

Frau Vollmer erörtert, dass das Sozialressort seit 1 ½ Jahren überlege, wie die Betreuung von Jugendlichen, die nur noch schwer über Jugendhilfemaßnahmen erreicht werden, sichergestellt werden könne. Die zeitliche Verzögerung käme durch die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 zustande. Aus dieser Zeit habe man aber gute Erfahrungen mit dem Zeltstandort Am Biologischen Garten in unmittelbarer Nähe zur Universität gemacht. Die Zusammenarbeit mit den Studierenden, dem Beirat als auch der Horner Bevölkerung wird positiv hervorgehoben. Eine Anfrage bei der Universität bezüglich der Fläche verlief positiv. Immobilien Bremen sei mit einer Machbarkeitsstudie für Container- bzw. Modulbauten beauftragt worden. Das Ergebnis läge seit dem 06.11.2017 vor. Demnach seien beide Varianten möglich, dauerten bis zur Umsetzung aber zu lange oder seien schlicht zu teuer.

Die Container befänden sich zwar bereits im Eigentum der Stadtgemeinde, kosteten im Umbau aber nahezu eine Million Euro. Die Aufstellgenehmigung sei trotzdem auf 23 Monate befristet. Die Kosten für Holzrahmenmodulbauten lägen bei etwa 5 Millionen Euro. Eine längere Nutzung für 5 Jahre – wie vom Ressort angestrebt – sei realistisch. Da der Bedarf dringlich sei könne und wolle man aber nicht bis zum Jahr 2020 warten.

Der Träger Diakonische Jugendhilfe Bremen gGmbH habe ein neues Konzept vorgelegt, wie Jugendliche und junge Menschen zukünftig erreicht werden können, wenn keine andere Jugendhilfemaßnahme mehr greife. Ziel sei die Schaffung einer niedrigschwelligen individualpädagogischen Jugendhilfeeinrichtung für Bremen.

Das von Herrn Dr. Tetens vorgestellte Konzept wird dem Protokoll angefügt.

Die Ausschussmitglieder bitten um Beantwortung der nachfolgenden Fragen:

Wie viele Jugendliche sollen untergebracht werden?

- Im Ressort plane man mit 12 Plätzen, das Konzept sehe aktuell 8 Plätze vor, so dass noch Abstimmungsbedarf bestehe.

Wie sollen die Jugendlichen überhaupt erreicht werden, wenn bisherige Maßnahmen nicht zielführend waren?

- Es handele sich um ein Projekt, dessen Erfolg aktuell nicht eingeschätzt werden könne. Bislang wisse man nur, dass geschlossene Einrichtungen nicht den gewünschten Effekt erzielten.

- Mitarbeiter müssten auf Jugendliche zugehen, sich nicht einschüchtern lassen und keine Angst zeigen. Es müsse eine Vertrauensbasis geschaffen werden, die auf gegenseitigem Respekt beruhe.

Sind weitere Einrichtungen dieser Art im Stadtgebiet geplant?

- Vorerst nein. Eine Einrichtung reiche für die Erprobung des neuen Konzeptes. Es sei davon auszugehen, dass das Angebot über die Jahre weiterentwickelt werde und eine Verzahnung mit den regulären Angeboten des Jugendhilfesystems erfolge.

Wie ist der Betreuungsschlüssel?

- Es sei eine 1:1 Betreuung für die Dauer von 24 Stunden an 7 Tagen wöchentlich vorgesehen. Das bedeute, dass etwa 3 Mitarbeiter\*innen auf einen Jugendlichen einzuplanen seien. Eine feste Bezugsperson sei wichtig. Die Suche nach geeignetem Personal gestalte sich schwierig.

Ist die Einrichtung nur für Bremer Jugendliche vorgesehen oder ist eine Sogwirkung ins niedersächsische Umland zu erwarten?

- In der Einrichtung sollen nur Bremer Jugendliche betreut werden.

Was ist unter der Beschreibung „massiv verhaltensauffällig“ zu verstehen und müssen die Universität oder umliegende Unternehmen Krawall, Gewalt oder gar Einbrüche befürchten?

- Verhaltensauffällig heiße nicht zwingend gewalttätig. Die Jugendlichen zeigten Eigenschaften, die mit depressiv, autoaggressiv, manipulativ beschrieben werden können. Sie zeigten zudem ein extremes Misstrauen. Einige seien in der Vergangenheit delinquent gewesen, teilweise gewalttätig aufgetreten. Aus diesem Grund sehe das Konzept eine individuelle Betreuung vor. Dabei stünde der Betreuer als direkte Ansprechperson zur Verfügung, ohne den Jugendlichen für seine Art oder sein Auftreten zu verurteilen. Es gelte Stärken zu stärken.

Wie könnte ein konkreter Tagesablauf aussehen?

- Das Konzept sehe keine feste Tagesstruktur für alle Jugendlichen vor, sondern werde jeweils individuell vereinbart. Dazu zähle beispielsweise auch die Begleitung zu Gerichtsverfahren. Es gebe aber keine Sanktionen, wenn Absprachen nicht eingehalten werden. Trotz der vielen für die Jugendlichen angestrebten Freiheiten, solle die Unterkunft kein „Sleep Inn“ sein, die wahlweise für die Übernachtung aufgesucht werde.

Bei wem in der Universität erfolgte die Anfrage bezüglich des Grundstücks?

- Die Anfrage wurde offiziell an den Kanzler gerichtet und von einer Person, die für Liegenschaften zuständig ist, bearbeitet.

Die Frage nach geeignetem Fachpersonal wurde als zentrale Bedingung formuliert. Wie solle sich das Team der Betreuer zusammensetzen?

- Erste Vorstellungen gingen in die Richtung neben den erfahrenen pädagogischen und psychologischen Fachkräften den ungewöhnlichen Weg interdisziplinärer Teamzusammensetzung zu gehen und Kollegen aus anderen Berufen wie beispielsweise Künstler, Handwerker, Gastronomiefachkräfte einzubinden.

Wird es einen Sicherheitsdienst geben?

- Ein Wachdienst werde von Jugendlichen als Provokation wahrgenommen, weshalb es keinen Wach- bzw. Sicherheitsdienst geben solle. Stattdessen wolle man die Jugendlichen mit Interventions- und Krisenangeboten erreichen.

Wie solle das Umfeld in die Planungen einbezogen und im Stadtteil für Akzeptanz geworben werden?

- Unbekanntes und Neues kann Ängste auslösen. Insofern müssen diesen Ängsten entgegen gewirkt werden. An erster Stelle stehe hierfür die Gesprächsbereitschaft des Ressorts und des Trägers. Unternehmen sollen gezielt angesprochen und Informationen regelmäßig über die entsprechenden Gremien gestreut werden. Vielleicht sei auch ein Tag der offenen Tür denkbar. Unterm Strich müsse man aber auch festhalten, dass nicht alle Eventualitäten vorab geklärt sein können.

Erhoffe man vom Projektansatz eine optimale Brücke der Überleitung in andere, bereits bestehende Jugendhilfemaßnahmen und gibt es diesbezüglich schon erfolgreiche Projekte an anderer Stelle?

- Für diesen Projektansatz lägen keine seriösen, quantitativen Studien vor. Aus anderen Projekten ließen sich aber qualitative Ergebnisse ablesen. Niemand werde eine 80- bis 100-prozentige Erfolgsquote versprechen können. Aktuell sei lediglich bekannt, dass bei einigen Jugendlichen herkömmliche Jugendhilfemaßnahmen als gescheitert betrachtet werden müssen. Am Ende der Projektphase könne auch hier ein Scheitern stehen. Dennoch solle das Projekt in Angriff genommen werden. Eine Gesellschaft dürfe sich bei einem bestehenden gesetzlichen Auftrag nicht mit dem Scheitern abfinden, sondern müsse Lösungen finden und ggf. neue Wege gehen.

Handele es sich bei den Jugendlichen um der Polizei bekanntes Klientel und was passiert, nachdem diese nächtlich aufgegriffen wurden?

- Ja, die Jugendlichen seien bekannt. Zuerst erfolge die Übergabe an den Kinder- und Jugendnotdienst und dann die Weiterleitung an die zu betreuende Einrichtung. Dort würden sie aber nicht eingesperrt, so dass es zum wiederholten nächtlichen Aufgreifen durch die Polizei kommen könne.

Ist die Einrichtung als Ersatz für die Rekumer Straße (Blumenthal) geplant?

- Nein.

Wer entscheidet, welche Jugendlichen im Pilotprojekt aufgenommen werden?

- Das Jugendamt entscheidet über die Projektteilnahme.

Wie ist das weitere Verfahren?

- In den kommenden zwei bis drei Wochen werde die von Immobilien Bremen vorgelegte Machbarkeitsstudie in einem Gespräch mit dem Sozialressort ausgewertet. Insbesondere die Frage der Kosten sei erneut zu erörtern. Da das Ressort aktuell keine alternativen Standortvorschläge unterbreiten könne, bitte es um Unterstützung und Vorschläge des Beirates.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

### **Frau Dr. Rose wird außerhalb der Tagesordnung gebeten, zum aktuellen Insolvenzverfahren der Kannenberg-Akademie Stellung zu nehmen:**

Für den Jugendhilfeträger Akademie Lothar Kannenberg, der in Bremen mehrere Einrichtungen für junge Flüchtlinge betreibt, sei beim Amtsgericht Walsrode am 30.10.2017 auf Antrag der Geschäftsführung ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung angeordnet worden. Die Betreuung der zurzeit rund 140 Jugendlichen in den insgesamt sechs Bremer Einrichtungen sei vorerst gesichert. Die Gehälter der etwa 200 Mitarbeiter würden für die Dauer von drei Monaten durch die Insolvenzkasse der Agentur für Arbeit gesichert. Ein Gläubigerausschuss wurde etabliert, in dem das Sozialressort als größter Gläubiger (etwa 5,6 Millionen Euro) gegenüber der Akademie einen Sitz habe. Eine erste

Mitarbeiterversammlung habe stattgefunden, für den 10.11.2017 sei eine Betriebsversammlung geplant.

Dem Ressort sei daran gelegen, eine bis drei Einrichtungen in Bremen zu erhalten. Dafür müsse ein neues Konzept erarbeitet werden, welches einer Rentabilitätsprüfung standhalte.

Für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 30.11.2017 haben die Nicht-Regierungsfraktionen der Bremischen Bürgerschaft einen Fragenkatalog an die Behörde übersandt.

Nach Abschluss der 3-monatigen Frist könne das weitere Vorgehen im Fachausschuss vorgestellt werden. Bei Beschluss der Termine für 2018 falle die nächste Fachausschusssitzung auf den 30.01.2018. Die Vorsitzende spricht Frau Dr. Rose eine mündliche Einladung aus.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **Zu TOP 5: Anträge**

Der CDU-Antrag wurde mit Schreiben vom 04.11.2017 zurückgezogen, da die Stelle zwischenzeitlich besetzt worden ist.

#### **Zu TOP 6: Mitteilungen des Ausschussprechers ./.**

#### **Zu TOP 7: Berichte des Amtes**

##### **7.1 Terminplanung 2018**

30.01.2018; 24.04.2018; 28.08.2018; 20.11.2018

**Beschluss:** Der Ausschuss stimmt den Terminvorschlägen zu, behält sich aber je nach Arbeitsaufkommen vor, zeitlich flexibel zu reagieren – Sitzungen abzusagen oder zusätzliche Sitzungen anzuberaumen. **(einstimmig)**

##### **7.2 Bericht Bundesweiter Fachtag Straßenspiel am 18.10.2017**

Die Vorsitzende berichtet über den Fachtag, erörtert kurz die Bedeutung des Straßenspiels für die Entwicklung von Kindern und bringt Ideen zur kinderfreundlichen Gestaltung des öffentlichen Straßenraums ein.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

##### **7.3 Spielplatz Vorkampsweg: Unterstand und Sitzgelegenheit**

Die Fachausschussmitglieder kommen überein, dass der in der Sitzung am 28.03.2017 einstimmig gefasste Beschluss nicht umgesetzt wurde.

1. Der Ausschuss begrüßt, dass nach einer ungewöhnlich langen Planungs- und Ausführungsphase die neuen Spielgeräte auf dem Spielplatz aufgestellt worden sind.
2. Der Ausschuss stellt jedoch fest, dass der Regenunterstand für Kinder und Jugendliche erneut noch nicht optimal hergestellt worden ist: Die Sitzgelegenheiten befinden sich nicht unter, sondern neben dem Unterstand (siehe Foto).
3. Der Ausschuss fordert die zuständigen Stellen auf, diesen Mangel zeitnah zu beheben.

**Beschluss:** Der Ausschuss bittet daher zur Bekräftigung seiner Forderung den Beirat um folgende Beschlussfassung:

1. Der Beirat Horn-Lehe stellt fest, dass der Regenunterstand für Kinder und Jugendliche trotz Beschlusses des Fachausschusses Soziales, Kultur und Sport des Beirates Horn-Lehe vom 28.03.2017 noch immer nicht optimal hergestellt worden ist: Die Sitzgelegenheiten befinden sich nicht unter, sondern weiterhin neben dem Unterstand.
2. Der Beirat erwartet vom Amt für soziale Dienste, dass mit dem neu konstituierten Jugendbeirat Horn-Lehe, den Mitgliedern des Fachausschusses Soziales, Kultur und Sport des Beirates Horn-Lehe und dem Umweltbetrieb Bremen vor Ort Ideen der Veränderung beraten und die zügige Behebung dieses Mangels forciert werden. **( einstimmig )**

#### **7.4 Terminhinweis zur Besichtigung des Jugendhauses**

Das Jugendhaus Horn-Lehe lädt die Mitglieder des Beirates ein, sich am 12.12.2017 in der Zeit von 16.30 Uhr bis 18 Uhr die Ergebnisse der Sanierungsarbeiten im Jugendhaus anzusehen.

Die Ausschussmitglieder nehmen den Termin zur Kenntnis.

#### **7.5 Rollrasenplatz bei TV Eiche Horn eingeweiht**

Im September 2017 wurde der neu errichtete Rollrasenplatz des TV Eiche Horn eingeweiht.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **7.6 Buch „Stolpersteine in Horn-Lehe und Schwachhausen publiziert**

Das Buch „Stolpersteine in Horn-Lehe und Schwachhausen wurde publiziert. Im Rahmen des Initiativantrages bittet der Seniorenbeauftragte Herr Stadler den Beirat in seiner Sitzung um die Bewilligung von Geldern zur Anschaffung von 6 Büchern für die im Stadtteil ansässigen Schulen.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis und unterstützen die Initiative.

#### **7.7 Treffen der Seniorenvertreter Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland am 23.10.2017**

Zum Termin wurde ein Vertreter des Landesamtes für Denkmalpflege eingeladen. Das Protokoll kann im Ortsamt eingesehen werden. Herr Hintmann wird in der Sitzung des Beirates am 16.11.2017 wieder einen kurzen Bericht geben.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

#### **7.8 Runder Tisch „Angebote für ältere Menschen im Stadtteil“**

Die Vorsitzende erläutert, dass dieser Runde Tisch vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunft der Seniorenbegegnungsstätten neu eingeführt werde. Das erste Treffen finde am 28.11.2017 im Ortsamt statt. Jede Fraktion könne eine Vertretung entsenden.

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

**Zu TOP 8:    Verschiedenes ./.**

---

**Inga Köstner**  
- Vorsitz + Protokollführung -

---

**Dieter Mazur**  
- Ausschusssprecher -